

Zu lange unterm Radar



Ulrike Troue
über Spielhäuser in Bremen

Wer weiß überhaupt, was ein Spielhaus ist? Solche Einrichtungen auf öffentlichen Spielplätzen in prekären, problembelasteten Quartieren sind seit fünf Jahrzehnten eine wichtige, verlässliche Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche im Alter von fünf bis 14 Jahren.

Seit 2004 sind die heute elf Spielhäuser, die pädagogische Fachkräfte leiten, nach Auskunft von Patricia Brandt bei Kita Bremen angesiedelt. Insbesondere in Sozialräumen mit erhöhter Problemdichte sollen sie der Pressesprecherin des Senators für Kinder und Bildung zufolge als präventive Maßnahme wirken und Kindern und Jugendlichen verlässliche Freizeit- und Bildungsangebote eröffnen.

Dass diese Einrichtungen die Chance auf Fördermittel bekommen, ist überfällig.

Sie können dort kostenlos und anmeldefrei chillen, Spiel-, Kreativ- oder Bewegungsangebote nutzen oder sich an Gruppenaktivitäten beteiligen, die sich nach ihren Bedürfnissen richten. Sie werden ernst genommen. In den Spielhäusern dürfen Kinder und Jugendliche sich ausprobieren. Dabei entwickeln sie soziale Kompetenzen im Umgang miteinander weiter. Die wichtigste Regel lautet: keine Gewalt!

So lernen junge Bremerinnen und Bremer aus unterschiedlichen Kulturkreisen demokratische Spielregeln kennen und danach zu handeln. Demokratie durch Selbsterfahrung. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Rechtsextremismus ist es höchste Zeit, der verhängnisvollen Verkettung von wachsender Bevölkerung durch Neu-Bremer, zu kleinen Wohnungen, ungleichen Bildungschancen, Armut und Perspektivlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Die deutliche Aufstockung der Mittel für offene Kinder- und Jugendarbeit ist das richtige Signal der Politik. Dass die laut Brandt hoch frequentierten Spielhäuser für ihre Integrationsarbeit keinen Zugang zu Fördermitteln für offene Jugendarbeit haben, passt nicht zum Selbstverständnis einer multikulturellen Gesellschaft.

Es ist gleichzeitig ein Schlag ins Gesicht der Fachkräfte, die eine „Willkommenskultur“ praktizieren, nah an Kindern, Jugendlichen und Familien dran sind und damit ihren Beitrag leisten, unsere Demokratie zu sichern.

Dass deren Arbeit mehr wertgeschätzt wird und auch diese außerschulischen Bildungseinrichtungen die Chance auf Mittel des Sozialressorts bekommen, ist längst überfällig. Spielhäuser dürfen nicht länger unterm Radar bleiben. **Bericht Seite 11**
ulrike.troue@weser-kurier.de



Ralf Böhme Weitere Karikaturen unter www.weser-kurier.de/karikaturen

Ein politisches Selbstmordkommando



Markus Peters
über Union und SPD

Keine Frage: Die Buh-Rufe gegen Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf dem DGB-Bundeskongress am Anfang dieser Woche waren unangemessen und respektlos. Dass der Kanzler und CDU-Vorsitzende eine andere Meinung vertritt als die Gewerkschafter, war keine Überraschung. Das muss man als gewählter Delegierter aushalten können, schließlich sitzt man auf einem Kongress, nicht im Bierzelt. Merz hatte seine unbequemen Botschaften zudem nicht in der Absicht überbracht, den Sozialstaat aus einer Laune heraus schleifen zu wollen, sondern weil er die berechnete Befürchtung hegt, die Errungenschaften könnten mangels Wettbewerbsfähigkeit irgendwann nicht mehr finanzierbar sein.

Insofern war das Verhalten der Gewerkschafter keinen Deut besser als die Unverschämtheiten, die sich die Unternehmer auf dem Arbeitgebertag im November gegenüber Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) geleistet hatten. Dass insbesondere konservative Medien, allen voran der Springer-Konzern, diese beiden Vorgänge völlig unterschiedlich bewertet haben, zeigt, wie stark der moralische Kompass mancherorts von der politischen Überzeugung bestimmt ist.

Das wurde auch bei der Kampagne deutlich, die in der vergangenen Woche gegen die Arbeitsministerin lanciert wurde. Bas hatte in einer Regierungsbeurteilung auf eine Frage des AfD-Abgeord-

neten René Springer zum Rentenzuschuss ihre Antwort mit dem Satz eingeleitet, dass es keine Einwanderung in die Sozialsysteme gebe. Das sorgte prompt für Aufregung.

Dabei war es erstens inhaltlich völlig korrekt, was Bas gesagt hatte. Denn eine Einwanderung nach Deutschland aus Nicht-EU-Ländern ist in der Regel nur mit einem gültigen Arbeitsvertrag möglich. Es mag eine Spitzfindigkeit sein, aber korrekt hätte von einer Flucht in die Sozialsysteme die Rede sein müssen. Zweitens war der Satz gnadenlos aus dem Zusammenhang gerissen. Dass die Ministerin davon gesprochen hatte, dass

Diese Schüsse müssen sitzen. Sonst wird es für die Regierung wirklich finster.

eine Entlastung der Sozialversicherung am besten möglich sei, wenn es gelinge, die Menschen in Arbeit zu bringen, fand auf den Kacheln, mit denen kurze Zeit später versucht wurde, Empörung in sozialen Medien zu schüren, keine Erwähnung.

Der Versuch, die Arbeits- und Sozialministerin als ewige Blockiererin hinzustellen, ist bei objektiver Betrachtung einfach nur „Bullshit“ (O-Ton Bas). Dagegen sprechen die Reform der Grundversicherung, in der die SPD-Vorsitzende empfindliche Sanktionen gegen Terminverweigerer auf den Weg gebracht hatte, oder die laufenden Sozialstaatsreformen. Ihr Mantra lautet: Der Sozialstaat soll nicht kleiner, sondern klüger wer-

den. Man darf gespannt sein, wie das bei ihrem wichtigsten Projekt, der Rentenreform, gelingen wird. Daran sollte die SPD-Vorsitzende gemessen werden, nicht an Nebensächlichkeiten, die zur Staatsaffäre hochgeheigt werden.

Dass mittlerweile Teile der Union und konservative Medien gezielt versuchen, gegen die Koalition mit der SPD Stimmung zu machen und mit einer Minderheitsregierung der Union unter Duldung der AfD liebäugeln, wird immer deutlicher. Das wurde jüngst bei einer Veranstaltung deutlich, zu der der Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn die neugewählten Abgeordneten der CDU eingeladen hatte. Auf der Gästeliste standen neben dem Influencer Baha Jamous, der in der Vergangenheit offen gegen den Koalitionsvertrag argumentiert hatte, auch der Springer-Chef Mathias Döpfner, der ebenfalls zuletzt mit Kritik an der Iran-Politik der Regierung nicht sparte.

Allerdings hat diese Gruppe längst keine Mehrheit in der Partei. Nicht wenige Unionspolitiker prophezeien, dass ein solcher Richtungswechsel die Partei zerreißen werde. In der Tat lässt sich nur schwer vorstellen, dass zum Beispiel moderate CDU-Ministerpräsidenten wie Daniel Günther und Hendrik Wüst ein solches politisches Selbstmordkommando unterstützen würden. Insofern kann Bundeskanzler Friedrich Merz nach dem Koalitionsausschuss nun die großen Reformvorhaben angehen: Gesundheit, Pflege und Rente. Nur: Diese Schüsse müssen sitzen. Sonst wird es für die Regierungsparteien nach den Landtagswahlen im Herbst wirklich finster, wenn nicht gar zappenduster.

markus.peters@weser-kurier.de

„Fehlendes Bekenntnis zu Taiwan“

Frankfurter Allgemeine Zeitung über Trumps China-Besuch

Während Trump Amerikas traditionelle Verbündete vergrault, sucht er die Nähe zu mächtigen Autokraten wie Xi. (...) Xi sprach gezielt Taiwan an und warnte davor, dass Amerikas Unterstützung der Inselrepublik zu einem Konflikt mit China führen könnte. Vom Weißen Haus war dagegen nichts zu Taiwan zu hören. Das muss in Taipeh für Unruhe sorgen, wo man auf Waffenlieferungen aus den USA wartet. Und auch andere Partner in der Region werden das fehlende Bekenntnis zu Taiwan deutlich hören. (...) Peking agiert geduldig und bedacht, um ins Zentrum der globalen Ordnung vorzurücken. (...) Trump hatte China schon in seiner ersten Amtszeit als Hauptgefahr für die Vereinigten Staaten ausgemacht, aber anstatt sich darauf zu konzentrieren, verzettelt er sich.

„Die erneuerte Freiheit, das Falsche zu tun“

Darmstädter Echo über das Gebäudeenergiegesetz

Wer heute eine alte Gas- oder Ölheizung gegen eine neue tauscht, begibt sich auf einen höchst ungewissen Kostenpfad. Das führt schon die akute, von der Hormus-Blockade ausgelöste Energiekrise vor Augen. Hinzu kommen steigende Netzentgelte, eine aufwachsende CO₂-Steuer – und die Biotreppe im Gesetz. Sie zwingt die Versorger, ihrem Gas und Öl stetig steigende Bioanteile beizumischen. (...) Es mag Ausnahmen geben, doch in den weit aus meisten Fällen gibt es Alternativen zu einer neuen Gas- oder Ölheizung, die nicht nur das Klima schonen, sondern (...) auch den eigenen Geldbeutel. Wer dennoch auf fossile Brennstoffe setzt, der kann das nun wieder. Es ist die erneuerte Freiheit, im Heizungskeller das Falsche zu tun.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Marlinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteur: Benjamin Piel (V.i.S.d.P.) - **Mitglied der Chefredaktion:** Maren Beneke - **Chef vom Dienst:** Bastian Angenendt-Eiserbeck - **Art-Direktor:** Franz Berding
Chefreporter: Jürgen Hinrichs - **Chefreporter Sport:** Jean-Julien Beer - **Bremen/Niedersachsen, DIE NORDDEUTSCHE und Wirtschaft:** Maren Beneke, Mathias Sonnenberg - **Stadtteile:** Björn Josten - **Kommunal- und Landespolitik:** Jürgen Theiner
Leiter Zentralredaktion und Politik: Thorsten Waterkamp (Stellvertretung) - **Kultur:** Iris Hetscher - **Sport:** Olaf Dorow
WÜMMER-ZEITUNG: André Fasser - **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Lars Fischer - **DELMENHORSTER KURIER:** Gerwin Möller
ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt*
SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Wolfgang Sembritzki*
Büro Berlin: Markus Peters - **Büro Brüssel:** Katrin Pribyl
Büro London: Susanne Ebner - **Büro Paris:** Birgit Holzer
Büro Washington: Thomas Spang *PresseDienst Nord GmbH
Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 53,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 80.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr.: 9:30 bis 17 Uhr.
Telefonisch Mo. bis Fr. von 7 bis 17 Uhr und Sa. von 7 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abo@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Kein Heimspiel für Friedrich Merz (CDU): Auf dem DGB-Bundeskongress gab es Pfiffe und Buh-Rufe für den Kanzler.

FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

NEWSLETTER



Im morgigen Newsletter „Piel's Position“ geht es um die Hells Angels in Bremen und warum ihre Rückkehr unbedingt verhindert werden muss.



„Piel's Position“ ist exklusiv für Abonnenten. Sie möchten den Newsletter erhalten? Scannen Sie den QR-Code oder gehen Sie auf wk24.de/pielsposition

ÉDOUARD PHILIPPE: DER FRÜHERE PREMIERMINISTER WILL 2027 FRANZÖSISCHER PRÄSIDENT WERDEN

Kann er Frankreichs Rechtsextreme schlagen?



Édouard Philippe wurde vom RN bereits angegangen. Womöglich, weil sie ihn als Rivalen fürchten.

FOTO: CASTEL FRANCK/IMAGO

VON BIRGIT HOLZER

So richtig Stimmung kommt nicht auf an diesem Nachmittag in der Kongresshalle in Reims. „Ihr seid aber ruhig“, ruft die Politikerin Christelle Morañais den 850 Führungspersonlichkeiten der Partei Horizons zu, um sie zu etwas mehr Lebendigkeit zu animieren. Sie weiß, dass es in dieser frühen Phase des anlaufenden Präsidentschaftswahlkampfes in Frankreich wichtig ist, zu zeigen, dass die Bewerber Begeisterung bei ihren Anhängern wecken können. Auf die Dynamik kommt es an.

Zugleich hält Parteichef Édouard Philippe noch kein Wahlkampf-Meeting in diesem Sinne ab. Laute Musik und Lichtershow bleiben aus, stattdessen hat er sich für ein seriöses Format entschieden, um zu den wichtigsten Mitgliedern seiner politischen Bewegung zu sprechen. Der Hintergrund der Bühne leuchtet in feierlichem Dunkelblau – die Farbe der französischen Konservativen. Der Parteiname Horizons, also „Horizonte“, setzt sich in hellen Lettern davor ab. Neben dem Pult hängen die französische und die europäische Flagge. Und an ihm steht Philippe, der keine Zweifel an seinen Ambitionen lässt: Der frühere Premierminister unter Präsident Emmanuel Macron will in knapp einem Jahr dessen Nachfolger werden. Zugleich antwortet er jenen, die ihm vorwerfen, er starte zu lahm in die Kampagne, statt Hektik brauche es einen langen Atem. „Eine Kandidatur ist das Ergebnis von tiefgründigem Nachdenken. Man sollte sich niemals leichtfertig aufstellen lassen.“

Tatsächlich bereitet sich der 55-Jährige seit Jahren auf diesen „politischen Marathon“ vor, wie es ein Wegbegleiter ausdrückt. Bereits im September 2024 kündigte Philippe an, antreten zu wollen. Ein erster öffentlicher Großauftritt ist Anfang Juli in einer Pariser Sporthalle geplant. Kurz zuvor will er sich bei der „größten Wohnungs-Konferenz überhaupt“ von seinem Zuhause aus online mit 1000 wei-

teren Wohnungen gleichzeitig verbinden und mithilfe von Künstlicher Intelligenz live und direkt auf Fragen antworten. Es ist der Versuch, eine neue Form der politischen Debatte zu schaffen, innovativ aufzutreten und dabei möglichst viele Menschen gleichzeitig zu erreichen.

Die Präsidentschaftswahl im April 2027 wird stark umkämpft sein, da Macron nach zwei Mandaten nicht ein drittes Mal in Folge antreten darf. Aktuell erscheint das Feld der möglichen Kandidaten noch unübersichtlich. Nicht alle haben ihre Absichten schon erklärt, doch viele zeigen Interesse, loten noch ihre Chancen aus, darunter beispielsweise der sozialistische Ex-Präsident François Hollande oder der frühere Premier- und Außenminister unter Jacques Chirac, Dominique de Villepin. Im semi-präsidentiellen, stark personalisierten politischen System Frankreichs ist die Zahl derer, die das höchste Amt im Staat anvisieren, stets groß. Parteien haben in den vergangenen Jahren zunehmend an Gewicht verloren und bei der Kandidatenauswahl wenig mitzureden. Manchmal zerstreiten sie sich dabei heillos, wie derzeit die Sozialisten.

Philippe gilt als gut platziert, auch weil es ihm gelang, sich bei der Kommunalwahl im März erneut zum Bürgermeister der Stadt Le Havre wählen zu lassen. Aktuell liegen seine Beliebtheitswerte bei rund 30 Prozent. Überholt wird er nur von den Frontfiguren des rechtsextremen Rassemblement National (RN), Parteichef Jordan Bardella und Fraktionschefin Marine Le Pen. Wer von beiden bei der Präsidentschaftswahl antritt, entscheidet sich am 7. Juli. Dann fällt ein Berufungsgericht das Urteil im Prozess wegen der Veruntreuung von EU-Geldern durch Le Pen und ihre Partei. Sollte ihre Strafe einer mehrjährigen Nichtwählbarkeit und Hausarrest mit elektronischer Fußfessel bestätigt werden, geht der 30-jährige Bardella ins Rennen.

In jedem Fall hat der RN gute Chancen, zumindest die zweite Runde zu erreichen. Philippe gilt laut Studien als einer der wenigen Kandidaten, der die Rechtsaußen-Partei in der Stichwahl schlagen kann. Ihm nutzt seine Erfahrung als einstiger Regierungschef in Macrons erfolgreichsten ersten drei Jahren, als die Arbeitslosigkeit und das Defizit sanken. Damals herrschten noch Optimismus, zunächst sogar Aufbruchsstimmung. Allerdings führten die von Philippe forcierte Geschwindigkeitsbegrenzung auf Landstraßen von 90 auf 80 Stundenkilometer und eine höhere Ökosteuer auf Benzin und Diesel ab Herbst 2018 zur Gelbwesten-Protestbewegung und damit zur ersten massiven Krise, mit der Macrons Regierung konfrontiert war.

Groß war die Überraschung im Mai 2017 gewesen, als der neu gewählte Präsident ihn, ein aufsteigendes Talent der Republikaner, aber landesweit weitgehend unbekannt, an seine Seite holte. Philippe trug damals noch einen markanten dunklen Vollbart, war schlank und groß gewachsen und wirkte als ideale Ergänzung zum dynamischen, aber nervöseren Macron. Privat verband beide eine Passion: Boxen. Hatte der Präsident Deutschland als seinen Hauptpartner erkoren, so konnte es nur nutzen, dass der Premierminister fließend Deutsch sprach. Er hatte seine Jugend in Bonn verbracht, wo sein Vater Lehrer war.

Knapp drei Jahre lang bildeten die beiden Män-

ner ein schneidiges Regierungs-Duo – bis Macron inmitten der Corona-Pandemie seinen beliebten Regierungschef entließ. Beobachter vermuteten, dass der Präsident nicht in den Schatten gestellt werden wollte. In der Krise konnte Philippe mit seiner ruhigen, sachlichen Art punkten. „Ich wurde ihm zu sehr Premierminister“, erklärte er selbst später. Das heißt: Für Macrons Geschmack hatte er etwas zu viel Stärke und Eigenständigkeit erlangt.

Doch der Bruch erwies sich als Chance. 2021 gründete Philippe seine Partei, die sich an der Regierung beteiligt und für eine liberal-konservative, pro-europäische Linie steht. Horizons verfügt inzwischen über eigene Abgeordnete und damit auch über finanzielle Ressourcen und Einfluss. So hielt sich Philippe im Kreis der beliebtesten Spitzenpolitiker, obwohl er sich äußerlich stark veränderte. Aufgrund einer ungefährlichen Autoimmunerkrankung verlor er seinen Bart, die Augenbrauen und einen Teil seiner Kopfbehaarung. Hält man ein Foto von 2017 neben eines von heute, ist erst auf den zweiten Blick erkennbar, dass es sich um denselben Mann handelt.

Angesichts der großen Unbeliebtheit des Präsidenten ist es ein Vorteil für Philippe, dass er zu ihm ein unterkühltes Verhältnis pflegt. Während der Regierungskrise im vergangenen Herbst rief er Macron sogar öffentlich zum Rücktritt auf – ein Tabubruch. Dennoch bezeichnete ihn Bardella kürzlich als „Macron II“, in der Absicht, ihn zu diskreditieren. Zuvor hatte Philippe den RN für seine zahlreichen Kurswechsel, ob hinsichtlich der Haltung zur EU oder zur Rentenreform, kritisiert. Fürchtet der RN ihn als seinen gefährlichsten Rivalen? Oder anders gefragt: Kann Philippe einen möglichen Sieg der Rechtsextremen noch abwenden?

Mit einem Jahr Vorlauf lasse sich der Ausgang französischer Präsidentschaftswahlen extrem schwierig vorhersehen, betont der Politikwissenschaftler Olivier Rouquan im Gespräch. „Die Entscheidung kann von den Ereignissen während des Wahlkampfes und sogar bis zur letzten Woche abhängen, beispielsweise von Skandalen, wie wir es die letzten Male mehrmals erlebt haben.“ Seit Macrons Machtantritt 2017 seien die politischen Parteien und Kulturen zersplittert, führt der Experte aus. Das mache die Wahlabsichten der Menschen noch schwerer vorhersehbar. Allerdings erscheinen ihm die Aussichten für die gemäßigten Kandidaten geringer als in der Vergangenheit, zumal deren Zahl groß sein dürfte. „Die Kräfte im Zentrum werden zunehmend von den radikalen Rändern zerrieben.“ Zumindest die Rechtsextremen scheinen sich auf einem hohen Niveau etabliert zu haben, so Rouquan.

Bardella und Le Pen geben sich Mühe, auch Kreise zu gewinnen, die ihnen bislang feindselig gegenüberstanden. Kürzlich kam es zu einem Treffen mit den Chefs mehrerer Großkonzerne. Bardella verfolgt dabei eine deutlich liberale Linie als seine Mentorin. In einem Interview mit der „FAZ“ sprach er gerade von Berührungspunkten mit Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU), auch begrüße er gemeinsame Rüstungsprojekte. Von der AfD distanzieren er sich aufgrund von deren „extremer Rhetorik“ in historischen Fragen und Europa-Feindlichkeit. Allerdings forderte der Rechtsextreme, dass in Migrationsfragen nationa-

les über europäischem Recht stehen, die Schengen-Regeln überarbeitet und Grenzkontrollen eingeführt werden sollen. Auch das Projekt der Bevorzugung von französischen Staatsbürgern bei der Vergabe von Sozialleistungen würde gegen EU-Recht verstoßen, da es sich um eine Diskriminierung handeln würde.

Für die RN-Anhänger wäre eine weitere Wahlniederlage demotivierend, sagt Politologe Rouquan: „Um attraktiv zu bleiben, bräuchte die Partei einen Sieg.“ Denkbar wäre in der Zukunft auch eine weitere Annäherung mit den Republikanern. Der Vorsitzende der einstigen Volkspartei, Bruno Retailleau, hat etliche ideologische Übereinstimmungen mit den Rechtsextremen und ist ebenfalls Kandidat, liegt jedoch klar hinter Philippe. Bedrohlicher könnte diesem der Chef von Macrons Partei Renaissance werden, Gabriel Attal. Der 37-jährige positioniert sich links von Philippe, hat ebenfalls mit Macron gebrochen, ähnelt ihm aber sowohl äußerlich mit seinen schmal geschnittenen Anzügen als auch hinsichtlich seines Kommunikationstalent. Auch zeichnet Attal, ähnlich wie einst Macron, der unbedingte Wille aus, weit zu kommen. Gerade hat er ein Buch veröffentlicht, in dem er seinen persönlichen und politischen Weg nachzeichnet und offen zu seiner Homosexualität und seiner Liebe zum EU-Abgeordneten seiner Partei, Stéphane Séjourné, steht.

Ist die französische Gesellschaft bereit für einen homosexuellen Präsidenten? Oder wird sie sich für einen Mann entscheiden, Bardella, dessen Eltern italienische und algerische Wurzeln haben und der dennoch größte Härte für Einwanderer fordert? Für eine Frau mit dem belasteten Nachnamen Le Pen? Oder eben mit Édouard Philippe für einen Mann, der ähnlich wie viele Präsidenten einen elitären Werdegang hat, seriös auftritt, viel verspricht – aber damit auch erneut schwer enttäuschen kann? Elf Monate vor der Wahl ist der Vorhang für die Kampagne auf und alle Fragen sind offen.



Knapp drei Jahre bildeten Emmanuel Macron (links) und Édouard Philippe ein Duo in der Regierung. Es endete mit einer überraschenden Entlassung. FOTO: SEBADELHA JULIE/IMAGO



Eine oder einer von ihnen wird im April 2027 für den RN kandidieren: Jordan Bardella und Marine Le Pen liegen bei den Beliebtheitswerten derzeit vorne. FOTO: LAFARGUE RAPHAEL/IMAGO